DiB Wahlprogramm für Rheinland-Pfalz

Umwelt und Infrastruktur

Das Mainzer Appell zur Krisenbewältigung

DiB RLP wird das "Mainzer Appell" im RPL Landtag vertreten.

Kein Steuergeld ohne Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit! Verbände und Organisationen der demokratischen Zivilgesellschaft fordern das Land Rheinland-Pfalz zum Handeln auf für einen wirksamen Klimaschutz, für eine ökologische Verkehrs- und Ernährungswende und für eine zukunftssichere Arbeitswelt und Wirtschaftsweise.

Mehr als vierzig unterzeichnende Verbände und zahlreiche Einzelpersonen aus dem ökologischen, kirchlichen, Eine-Welt-, landwirtschaftlichen, sozialen und gewerkschaftlichen Bereich haben sich zu einer großen Konferenz zusammengefunden. Ihr Ziel: Schaffung von Strukturen zum Schutz unserer Lebensgrundlagen und Stärkung der Zivilgesellschaft, des Gemeinwohls und der Demokratie.

Forderungen der Aktionsgruppe Klima und Umwelt Südpfalz

DiB wird die "Forderungen der Aktionsgruppe Klima und Umwelt Südpfalz" in den Landtag bringen und die Landesregierung auffordern mehr Geld für Kommunen bereit zu stellen um die Klimaziele zu erreichen:

- jährlich (in/ab 2019) mind. 2 MW an Photovoltaik/Solarthermie auf Gebäuden neu anlegen,
- ab Jahr 2020 j\u00e4hrlich mehrere Windkraftanlagen zur Stromversorgung der Stadt/Region neu errichten,
- nachweisen für die Jahre ab 2019: 5% pro Jahr sinkender Energieverbrauch (alle Energiearten) in öffentlichen und gewerblich-industriellen Bereichen,
- innerörtlich mindestens 2 km pro Jahr an Radwegen und -spuren anlegen,
- überall Vorrang für die dann bestehenden Radspuren, Vorrang des Kfz-Verkehrs endet,
- kein weiteres Parkhaus oder ähnlich große Parkflächen mehr errichten,
- Öffentlicher Verkehr u.a. mit Bahnausbau (2-gleisig nach Karlsruhe und Pirmasens, Oberleitung) in Höchstpriorität voranbringen,
- ein regionales Programm im Mindestvolumen von 20 Mio. € pro Jahr auflegen zur maximalen Minderung der Energie- und Wärmeverluste in öffentlich, privaten und gewerblichen Bauten,
- Neu- und Umbauten nur mit Auflagen zum Klimaschutz genehmigen,
- öffentliche und Firmen-Haushalte an vorstehenden Zielen ausrichten, sofort alle widersprechenden beschlossenen und geplanten Ansätze (z.B. für Straßenbau) umwidmen,

• aus Finanz- o.a. -Beteiligungen aussteigen, welche die fossile Energie-Wirtschaft unterstützen, da sie den Klima-Zielen entgegenstehen: Stattdessen fordern wir kommunales Divestment aus fossilen Energieunternehmen.

Radverkehr für alle und Verknüpfung von Verkehrsmitteln

Wir unterstützen die umfangreichen Forderungen des ADFC

Flächendeckende nachhaltige Mobilität

Jede Art von umweltfreundlicher Fortbewegung ist zu fördern...

Kostenfreier Nahverkehr

Die Nutzung des ÖPNV soll ohne Fahrschein - egal welcher Art - möglich sein.

Die Kohlenstoffspeicher der Böden wieder auffüllen

Wie die Landwirtschaft unsere Klima- und Umweltprobleme lösen kann und wie das über ein effektives Klimaschutzprogramm erreicht werden kann.

Reform der Jagd

Naturschutz und Renaturierung erfordern dringend eine Reform des Jagdrechts.

Staatlicher Schutz für Wölfe

Zeitlich befristeter Schadensersatz für Schäden, die Tierhaltern durch Wölfe entstehen.

Verbot von primärer Mikroplastik

Es gibt keinen Ort auf der Welt, an dem nicht Spuren der Menschheit zu finden sind. Überall findet sich unser Müll, egal ob im Meer, in den Wüsten oder im Dschungel. Die Folgen sind größtenteils fatal und im besten Fall nicht absehbar.

Verbesserung von Reparierbarkeit und Nachhaltigkeit von Elektrogeräten

Produkte müssen reparierbar sein, um den Trend zur Wegwerfgesellschaft einzudämmen. Die aktuellen Ansätze greifen zu spät. Wenn ein Produkt gut repariert werden kann, muss es nicht so schnell entsorgt werden, was nachhaltig der Umwelt dient.

NEIN zu Tierversuchen

Wesentlich intensivere Förderung tierversuchsfreier Verfahren.

Gegen Lebensmittelverschwendung - Für eine nachhaltige Welt

Warum werden Lebensmittel weggeworfen, die dem Menschen helfen, zu überleben? Warum werden Lebensmittel weggeworfen, so dass alle Energie und Kraft von Mensch und Natur zur Herstellung nicht wertgeschätzt wird? Lasst uns weg vom wirtschaftlichen...

Armutsbekämpfung

Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) für Rheinland-Pfalz

Finanzierungsmodell und Ergänzung zum Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE)

Diese Initiative ist eine Ergänzung zu der bereits 2017 angenommenen Initiative: https://abstimmen.bewegung.jetzt/initiative/77-bedingungsloses-grundeinkommen-bge

Staatliche Unterstützung von Alleinerziehenden

Für soziale Gerechtigkeit: Wir fordern staatliche Unterstützung von Alleinerziehenden, um Beruf und Familie gleichzeitig leben zu können.

Mindestlohn oberhalb der Armutsgrenze (12 €)

Der Mindestlohn reicht oft nicht zum Leben. Wir fordern eine Erhöhung des Mindestlohn auf 12€.

Lohndumping durch Leiharbeit stoppen!

Wir wollen die Einstellung von Leiharbeitern als Mittel um den eigenen Haustarifvertrag zu unterlaufen und einen finanziellen Vorteil aus dem Nachteil der Mitarbeiter ziehen stoppen!

Staatliche Wohnungslosenhilfe

Wohnungsnotfälle nehmen drastisch zu. Die BAG Wohnungslosenhilfe e.V. rechnet mit einer halben Million wohnungsloser Menschen in Deutschland. Gefordert wird von uns eine staatliche Wohnungslosenhilfe.

Bildung

Bildung, die Grundlage für unsere Gesellschaft und Gerechtigkeit

Möglichst breites Wissen und ausreichende, auch soziale, Kompetenzen sind unser größtes und deshalb wichtigstes Kapital – als Individuum, als Gesellschaft und als Volkswirtschaft.

Lehrer*innen ausbilden im Arbeiten mit Menschen mit Behinderung

Viele Lehrer*innen sind im Arbeiten mit Menschen mit Behinderung überfordert. Das sollte sich ändern!

Frühförderung in Gebärdensprache für Kinder mit Hörbehinderung

Die meisten Kinder mit Hörbehinderung werden in Deutschland nicht mit Gebärdensprache gefördert.

Bildungsausgaben deutlich erhöhen

Deutschland investiert weniger in Bildung als der Durchschnitt der OECD – das wollen wir ändern!

Nachhaltige Sanierung von Schulen und Kindergärten

Wir benötigen ein zeitgemäßes Lernumfeld für Kinder und Jugendliche!

Werte für eine progressive Schulbildung

Demokratie in Bewegung steht für werteorientierte Politik. In Anlehnung an unsere Grundwerte formulieren wir Werte, an denen sich unsere Schulen orientieren sollen.

Duale Ausbildung gerecht gestalten - Ausnutzung verhindern

In Berufsausbildungen sollen junge Menschen einen Beruf und das Arbeitsumfeld kennenlernen. Leider kommt es durch die geringen Entlohnungen und zahllosen Möglichkeiten immer wieder dazu, dass Azubis ausgenutzt werden.

Basisdemokratie, Wahlrecht, Mitbestimmung und Transparenz

Wahlrecht ab 16 Jahren ermöglichen

Für jeden ist nachvollziehbar, dass Verstandesreife nicht zwingend mit Lebensalter einhergeht. Dass junge Leute am politischen Diskurs teilnehmen, ist mit sozialen Netzwerken sichtbar und vermutlich durch sie befördert worden.

Inklusives Wahlrecht

Das Wahlrecht ist ein Menschenrecht. Es muss unabhängig von der Rechts- und Handlungsfähigkeit oder der Betreuung einer Person gewährt werden.

Losverfahren Bürgergutachten mit Planungszellen für alle Entscheidungen

Im Moment haben wir viele Entscheidungen, die wir BürgerInnen nicht wirklich wollen. Manche drängenden Probleme werden überhaupt nicht gelöst, wie zum Beispiel der Klimawandel. Der Einzelne fühlt sich machtlos und hat keine Möglichkeit bei konkreten Entscheidungen mitzuwirken.

Paritätsgesetz: Politik braucht Gleichheit - mehr Frauen in die Parlamente

Wir brauchen Geschlechtergerechtigkeit in der Politik.

Vereinfachung des Zulassungsverfahrens zu Bundestags- und Landtagswahlen

Die Zulassungsverfahren zu Bundestags- und Landtagswahlen läuft im Jahre 2017 immer noch komplett analog. Die Teilnahme an der Wahl wird kleinen Parteien dadurch unnötig erschwert, obwohl die Unterstützung in der Bevölkerung eigentlich vorhanden ist.

Wahlrecht für alle in Deutschland lebenden Menschen

Jeder zehnte Mensch in Deutschland darf nicht wählen. Wir fordern das aktive und passive Wahlrecht für alle dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen.

Gesundheit

Verhütung darf nicht am Geld scheitern (kostenfreier Zugang für alle)

Wir fordern die Übernahme aller Kosten für Verhütung.

Für eine selbstbestimmte und individuell betreute Geburt

Die durch eine Hebamme individuell betreute und frei gewählte Geburt ist für immer mehr Frauen nicht möglich. Unsere Initiative soll diesen Trend aufhalten!

Schutz der Bevölkerung vor gesundheitsschädigenden Infraschall-Ereignissen

Immer mehr Menschen werden durch gesundheitsgefährdenden Infraschall beeinträchtigt. Wir fordern, das Problem zu eruieren, veraltete Richtlinien zu aktualisieren und nach Lösungen zu suchen.

Prävention & Aufklärung neu denken: Progressive Maßnahmen gegen...

Der ehemalige UN Generalsekretär und Friedensnobelpreisträger Kofi Annan forderte es, ehemalige Polizeipräsident*innen und Staatsanwält*innen fordern es: Die Legalisierung aller Drogen, um Kriminalität zu bekämpfen. Was sich zunächst absurd anhört,...

Kleine Kliniken und Krankenhäuser erhalten

Corona hat uns gezeigt wo in der Gesundheitspolitik die Schwachstellen liegen. Durch den Klimawandel und die Globalisierung kann man davon ausgehen, dass wir weiterhin mit Epidemien und Pandemien konfrontiert werden. Aus diesem Grund sind kleine Kliniken unersetzlich.

Notreserve für Infektionsschutz auf Landes und Kommunalebene einrichten.

Die Politik muss ihrer Verantwortung für die Schwachen und Kranken gerecht werden und Notreserven für den Infektionsschutz in ausreichendem Maße für kommende Pandemien vorhalten.

Wirtschaft

Gesellschaftlich-nachhaltige Innovationsförderung durch einen Frühinvestmentfond

In Rheinland-Pfalz haben es junge Unternehmen immer noch sehr schwer Investments zu finden, insbesondere wenn diese nicht ausschließlich auf Profit aus sind. Gleichzeitig geht mit jedem gescheiterten Startup viel gesellschaftlicher Wert verloren.

Netze in Bürgerhand

Die Privatisierung öffentlicher Infrastruktur stoppen und stattdessen regionale, autarke Stromnetze in Bürgerhand fördern.

Förderung des ländlichen Raumes

Wir möchten die Abwanderung aus den ländlichen Regionen in die Städte stoppen. Statt Monokulturen und Massentierhaltung wollen wir regionale kleine landwirtschaftliche Betriebe fördern und ermöglichen, dass sie eigenständig tragfähig sind. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Werte müssen wieder vermehrt in regionalen Kreisläufen gedacht werden.

Sicherheit

Antisemitismus und Rassismus entschlossen bekämpfen

Die Zunahme antisemitisch motivierter Straftaten ist besorgniserregend. Den Antisemitismus zu bekämpfen, kann nicht allein Aufgabe von Jüdinnen und Juden sein, sondern es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Rechtswidrige Polizeigewalt stoppen!

Rechtswidrige Polizeigewalt ist Alltag. Die strafrechtliche Verfolgung dieser Gewalt ist noch oft eine Ausnahme. Grenzüberschreitungen im Rahmen institutioneller Gewalt müssen Konsequenzen haben!

Verbot von Racial Profiling

Racial Profiling ist in Deutschland alltäglich und es gibt bisher keine juristische Handhabe dagegen. Ein Verbot rassistischer Diskriminierung muss durchgesetzt werden, damit diese diskriminierende Praxis endlich aufhört.

Gewalt gegen Frauen stoppen!

35% der Frauen haben körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren. Wir fordern Maßnahmen zur Bekämpfung und Prävention von Gewalt gegen Frauen! Mehr Beratung und Frauenhäuser sollen eingerichtet werden.

Verfasst im Juni 2020